



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

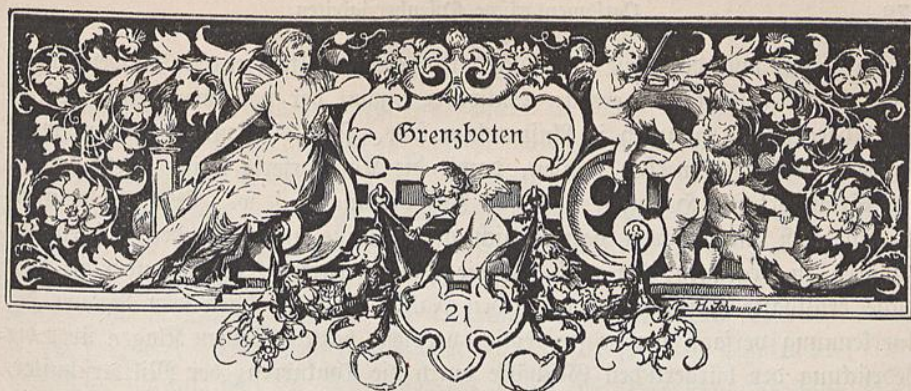
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Parlamentarische Offenherzigkeiten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Parlamentarische Offenherzigkeiten.



ortschriftliche Blätter wittern Konflikt und schmunzeln dabei, als schnüffelten sie den Duft einer gebratenen Gänseleber. Gewisse Geschäfte floriren ja in Kriegszeiten mehr, als wenn das öffentliche Leben seinen gleichmäßigen Gang nimmt. Darum hoch der Krieg! Auch scheint schon das Kommando: Klar zum Gefecht! erteilt und hier und da etwas unrichtig verstanden worden zu sein, da verschiedene Herren sich plötzlich einer ebenso unerwarteten wie dankenswerten Offenheit befleißigen. Es versteht sich von selbst, daß damit nicht auf die immer häufigeren Beweise der schlechten Lebensart des verflossenen Bürgermeisters von Neuwied angespielt werden soll, wiewohl auch er sich jetzt im Eifer manchmal verschnappt. Man begreift ja leicht, daß Herr Richter den Augenblick nicht erwarten kann, als Oberfeldherr eines Parlamentsheeres den Herren Moltke, Bronsart e tutti quanti den Meister zu zeigen, und da er sichs noch außerdem so uneigennützig angelegen sein läßt, in die Trockenheit parlamentarischer Verhandlungen jederzeit durch Leistungen in der niedern Komik Abwechslung zu bringen, so kann ihm wohl einmal etwas menschliches begegnen. Grobsein, wo man sich sicher weiß, von der Gegenseite nie mit gleicher Münze bedient zu werden, ist nicht schwer, aber selbst der gemeine Mann wünscht dann und wann durch etwas andres von seinem Lieblingskomiker unterhalten zu werden, und mit dem Witzemachen geht es nicht immer so glatt, wie man möchte. So unlängst mit der gloriosen Disjunktion: Entweder nimmt den Soldaten sein Dienst gänzlich in Anspruch, dann verschone man ihn mit Arbeit in seinem bürgerlichen Berufe, oder er hat freie Zeit, dann setze man die Dienstzeit herab. Hört man da nicht förmlich einen von jenen beliebten „Komikern“ mit dem Hahnenkamm auf dem Kopfe seinen „Cousin“ fragen, was schwerer sei, ein Pfund Federn oder ein Pfund Blei? Aber der Effekt war unverdient trauriger Natur. Die Myrmidonen lachten nicht, sie nahmen den Spaß für Ernst und riefen gehorsam: „Sehr Grenzboten II. 1883.“

richtig!" Jetzt muß der arme Achill sich darauf gefaßt halten, mit Nutzenwendungen seiner Logik geplagt zu werden: Entweder nimmt der parlamentarische Dienst den Abgeordneten gänzlich in Anspruch u. s. w. Für die Zukunft werden wohl Zeichen verabredet werden müssen, damit die Komparserie weiß: Jetzt kommt das Stichwort für Heiterkeit, jetzt für Zustimmung u. s. w. Denn so peinlich es sein muß, nach einem vermeintlich guten Witze nur fragenden Blicken der Zuhörer zu begegnen, die noch auf die Pointe warten: beschämender ist eine solche ernsthafte Zustimmung auf jeden Fall. Dagegen blieb dem Redner die Anerkennung versagt, wo er sie redlich verdient hatte. Seinen Klagen über die Bedrückung der bürgerlichen Geschäfte durch die Konkurrenz der Militärjunker, Militärsattler u. s. w. und über die mehreren Seidel Bier, welche schon in Kantinen in Zivilkleiden geflossen sein können, lag ja augenscheinlich ein ernstes Studium von Zuständen aus dem sechzehnten oder siebzehnten Jahrhundert zu Grunde, in welchen Beschwerden über die bürgerliche Nahrung derer *artificum palatinorum* oder Hofe-Handwerker nicht selten und genau mit denselben Argumenten vorkommen, wie sich deren Herr Richter gegen die Soldatenarbeit bedient. Dieses Erwachen historischen und konservativen Sinnes bei dem großen Abgeordneten wäre wohl einer kleinen Aufmunterung wert gewesen, wenn er sich auch im Gegenstande diesmal vergriffen hat. Vielleicht sagt er den strengeren politischen Freunden, welche ihm die Konzession zum Vorwurf machen, zur Entschuldigung, im Parteikampf sei ihm jedes Mittel recht, sogar die Anerkennung der Verwerflichkeit einer ungezähmten Konkurrenz und einer Preisgebung des wirtschaftlich Schwachen. Allein auch das wäre etwas Neues und bedingungsweise Erfreuliches, da der Mann, welcher sich zum Sprachrohr für jede Bosheit gegen das deutsche Reich macht, und welcher sich sogar entblödete, den durch seinen unqualifizirbaren Artikel bekannt gewordenen amerikanischen Gesandten als Autorität zu zitiren (oder war das vielleicht nur erwiederte Höflichkeit, da jener Herr irgend einen Abgeordneten als Autorität für einen besonders taktvollen Ausdruck zitiert hatte?), doch bisher sorglich alles vermieden hat, was der — konservativen — Wahrheit die Ehre geben würde.

Als zweiter in der Liste der Offenherzigen präsentiert sich Herr Stern, Redakteur aus Frankfurt und Hospitant der Fortschrittspartei. Redakteur muß man sein und Stern heißen, um eine Pflichtveräußerung der preussischen Regierung gerade da zu entdecken! Der Staat kümmert sich nicht darum, wo und wie die Rabinatskandidaten ihre Vorbildung erworben und welche politische Gesinnung sie haben. Abnorm! Darin hat der Mann Recht, und hoffentlich bestimmt er seine Gastfreunde, einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Lücke angemessen ausfüllen würde. Die Frage verdient auch deshalb nicht in Vergeffenheit zu geraten, weil wir bei einer Ordnung des betreffenden Prüfungswesens endlich erfahren würden, was eigentlich im Talmud steht, da gegenwärtig die Gelehrten sich darauf beschränken, zu versichern, die Dinge, welche Professor Rohling und andre gefunden haben wollen, stünden garnicht darin.

Von einem Hospitanten des Fortschritts zu einem Mitgliede der „Volkspartei“ ist der Schritt nicht groß. Rechtsanwalt Payer aus Württemberg will sich den König von Württemberg als seinen ganzen und ungetheilten Landesvater nicht rauben lassen. Hat ihm jemand denselben ganz oder teilweise nehmen wollen? Das eigentlich nicht. Allein der Schatzsekretär Burchard hat sich herausgenommen, die kaiserliche Botschaft eine landesväterliche Mahnung zu nennen, und in diesem Punkte ist man sehr empfindlich, zumal wenn man der Volkspartei angehört. Dem Kaiser und dem Kanzler ist ja alles zuzutrauen! Mit Berufung darauf, daß die Würtemberger durch ihr Schweigen bei jener Redewendung des Herrn Burchard ihre Einwilligung erteilt hätten, könnte eines schönen Morgens der König von Württemberg vom Throne gestoßen werden, und wenn die konservativen Schwaben meinen, die Gefahr sei nicht drohend, das dynastische Feingefühl eines noch über den Fortschritt Fortgeschrittenen läßt sich so schnell nicht beruhigen. Es ist ja nicht das erstemal, daß die Demokraten sich als Paladine der bedrohten Souveräne bewähren. Im Jahre 1866 scharten sich geschätzte Mitglieder der damaligen Fortschritts- und Volksparteien um den armen Bundestag als letzten Hort der Freiheit, um den Kurfürsten von Hessen, den König von Hannover und Herrn von Beust. Welches Glück für die deutschen Fürsten, daß, wenn es sich darum handelt, der Reichseinheit etwas anzuthun, man sich ihrer — der Fürsten — wohlwollend erinnert. Ihr Fürsten könnet ruhig sein, fest steht die Wacht der Volkspartei'n!

Und endlich Herr Bamberger, rechter Seitenverwandter des Fortschritts! Wenn ein so gewiegter Geschäftsmann mobil macht, muß es ernst stehen. Daß er mit edler Bescheidenheit die Eloquenz als aus der Mode gekommen bezeichnet, werden ihm zwar manche guten Freunde verübeln haben, und es war wirklich nicht notwendig, Herrn Lasker so zu kränken. Doch das ist eine Kleinigkeit im Vergleich mit den unschätzbaren Eröffnungen politischer Natur. „Wer in unserm lieben Deutschland jetzt eine republikanische Verfassung erstreben wollte, der wäre ein reiner Narr,“ und „die Regierung muß den Weg gehen, den die Reichstagsmajorität ihr vorzeichnet.“ Der Minister Scholz war in der That wenig großmütig gegen den Redner, aber darin am wenigsten, daß er ihm das „Sezt“ aufmuckte. Um des Himmels willen, man kann sich doch nicht für ewige Zeiten binden! Es können „Konjunkturen“ eintreten, die unbenußt zu lassen wenig Geschäftsgeist bekunden würde. „Sezt“ begnügen wir uns mit dem Parlamentarismus, und zwar nicht dem Parlamentarismus „in der übertriebenen Weise, daß man alle vierzehn Tage nach neuen parlamentarischen Kombinationen ein neues Ministerium macht“; beileibe nicht! da würde alles Vergnügen für die endlich auf parlamentarischem Wege ans Ruder Gelangten aufhören. Eine neue Kombination läßt sich bald zustande bringen, wenn es sich überhaupt um Opposition gegen eine Regierung handelt, und noch dazu mit der Aussicht, deren Stelle einzunehmen. In solcher übertriebenen Weise wollen wir den Parla-

mentarismus durchaus nicht, weder jetzt noch künftig. Wer einmal im Ministerfauteuil sitzt, will auch warm darauf werden, den Genuß der Macht auskosten, dauernde Spuren seiner Herrschaft hinterlassen. Unter uns: namentlich den guten Freunden und getreuen Nachbarn wäre garnicht zu trauen, die würden den parlamentarischen Staatsmännern am ersten Abstimmungen zwischen die Füße werfen, um sie zum Stolpern zu bringen. Dagegen heißt es sich bei Zeiten vorsehen. Darum nur ein mäßiger Parlamentarismus, keine Forcetur, morgens und abends einen Eßlöffel voll, und wenn er Unbequemlichkeiten verursacht, aussetzen — das Rezept ist schon oft angewendet worden, und hat sich meistens überraschend gut bewährt. „Ein Zusammenwirken von organischen Mehrheiten in der Volksvertretung mit der Regierung,“ das ist der Bambergerische Parlamentarismus, der sich ins Praktische übersetzt so ausnimmt: Wir, die Opposition, sind die organische Mehrheit, folglich muß die Regierung den Weg gehen, welchen wir ihr vorzeichnen; will sie sich dazu nicht bequemen, so hat sie uns Platz zu machen; sollte sich indessen nach vierzehn Tagen eine Mehrheit gegen uns bilden, so werden wir vor allem prüfen, ob sie organisch oder anorganisch sei, und darnach unsre Entschlüsse fassen.

Es besteht also, wie bemerkt, Klarheit. Auf dem „linksten“ Flügel entfaltet die Volkspartei unter den sympathischen Zurufen des Zentrums das Banner des Partikularismus; dann folgt die Brigade Richter mit dem Feldgeschrei: Befreiung des Königtums aus der Gewalt des Hausmeiers! — dann die Brigade Bamberger, welche für jetzt keine Republik und auch nur einen gemüthlichen Parlamentarismus will. Ist das Reich nicht glücklich zu preisen, wo den Radikalsten der Radikalen höchstens ein Übermaß an Loyalität zum Vorkurf gemacht werden kann? Und doch nicht Ruhe und Frieden? Es giebt eben böse Menschen, wie jener bairische Major erfahren hatte, der sich pensioniren ließ, weil sein Feldwebel ihn „gar so viel sedirte.“

Schließlich noch einmal Herr Richter! Derselbe machte die erfreuliche Mitteilung, daß die ungünstigen Urtheile über sein politisches Wirken sich in den Zeitungen immer häufiger vernehmen ließen, suchte aber den angenehmen Eindruck sofort wieder durch die Versicherung abzuschwächen: die Verfasser solcher Artikel sprächen nicht ihre eigene Überzeugung aus, sondern lieferten nur bestellte, von der Regierung honorirte Arbeit. Hiernach scheint er sich auch in seiner Ansicht über Kritik auf dem Komödiantenstandpunkt zu befinden und jeden Journalisten für einen Reisläufer zu halten, der im Tagelohn lobt oder tadelt, je nach Bestellung — aus dem Munde eines Mannes, welcher mitten in der Öffentlichenmeinungs-Industrie steht, gewiß ein merkwürdiges Bekenntnis, das an Wert noch gewonnen haben würde, wenn er seine Offenherzigkeit noch etwas weiter ausgedehnt und bekannt gemacht hätte, aus welchem Fonds und nach welchem Tarif der Ruhm des Herrn Richter bezahlt wird.